

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

26.3.1927 (No. 72)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. E. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatslich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, zweimonatlicher Fortsetzung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Zur aussenpolitischen Lage

Im Reichstag hat sich eine ausreichende Mehrheit für die Außenpolitik der Reichsregierung, d. h. in diesem Falle für die Politik der deutschen Delegation in Genf gefunden. Die regierende Koalition hat geschlossen für diese Politik gestimmt, und die Sozialdemokraten haben sich der Stimme enthalten. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß eigentlich sämtliche Redner, und zwar auch die des Zentrums und der Deutschnationalen, mit dem Ergebnis der letzten Ratstagung nicht zufrieden waren. Darin liegt selbstverständlich keine Spitze gegen die Reichsregierung, sondern diese Unzufriedenheit ist lediglich als Stimmungsfaktor zu werten, als ein Stimmungsfaktor, der namentlich im Ausland nicht gering eingeschätzt werden sollte.

Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit gerne bereit, die Mahnung des Reichsaußenministers, die Entwicklung der Dinge mit Geduld abzuwarten, zu beherzigen. Aber diese Geduld darf nicht auf eine gar zu schwere Probe gestellt werden. Noch ist ja die außenpolitische Situation so, daß schließlich die Optimisten, wie die Pessimisten Argumente für ihre Auffassung ins Feld führen können. Wohin die Entwicklung gehen wird, das ist im Augenblick kaum zu sagen. Es ist möglich, daß wir faktisch in Kürze zu einem befriedigenden Arrangement mit Frankreich gelangen, und alle die Differenzen, die unser gegenseitiges Verhältnis belasten, aus der Welt geschafft werden. Es ist aber auch ebenföhrig möglich, daß in Frankreich Tendenzen die Oberhand gewinnen, welche eine Verständigung für die nächste Zeit ausschließen. Das deutsche Volk hofft in seiner erdrückenden Mehrheit, daß die erste Möglichkeit zur Wahrheit wird. Und deshalb hat es volles Verständnis für die Erkenntnis, daß man eine an sich ja nicht hoffnungslose Situation unter keinen Umständen durch Übereilheiten verwirren darf. Aber, wie gesagt: allzu lange darf eine derartige Geduldprobe nicht dauern. Und das deutsche Volk wird verlangen, daß auch von der anderen Seite vor klare und einseitige Beweise des Willens zur Verständigung erbracht werden.

Da ist z. B. die Frage der Abrüstung, die zur Zeit in Genf von der Vorbereitenden Abrüstungskommission beraten wird. Auch der deutsche Reichsaußenminister hat in einer seiner letzten Reden im Reichstag mit aller Entschiedenheit erklärt, daß man den jetzigen Zustand, bei welchem einige wenige Staaten zwangsweise so gut wie ohne Rüstung sind, andere Staaten aber Milliarden und Milliarden für eine ganz auf den Kriegsfall zugeschnittene Rüstung ausgeben dürfen, nicht beibehalten könne. Wir glauben, daß alle einsichtigen Politiker der Welt diesen Standpunkt verstehen werden. Entweder wird der militärische Apparat der anderen Staaten dem Deutschlands angepaßt, d. h. es wird wirklich abgerüstet, oder aber man gestattet auch Deutschland, seinen militärischen Apparat nach Maßgabe seiner eigenen Bevölkerungszahl und Finanzlage dem der anderen Staaten anzupassen.

Von den Beratungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission können wir uns einstweilen beim besten Willen nicht viel versprechen. Nach Lage der Dinge wäre schon recht viel erreicht, wenn wenigstens von allen Großmächten eine erhebliche Beschränkung der bisherigen Rüstungsausgaben zustande käme. Wer die Ereignisse auf außenpolitischem Gebiet in den letzten Wochen kritischen Blicks verfolgt hat, der wird nur geringe Hoffnungen auf die Erfüllung wenigstens dieser Forderung setzen.

Denn gerade die letzte Zeit hat wieder von neuem gezeigt, daß die alten Methoden der Diplomatie noch lange nicht unbrauchbar geworden sind, und daß der Völkerbund noch nicht entfernt die Autorität und die Machtfülle besitzt, um an Stelle dieser bisherigen Methoden eine neue Übung zu setzen. In der weltpolitischen bedeutsamsten Frage, der chinesischen, hat der Völkerbund praktisch überhaupt nicht mitzureden, zumal die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland nicht einmal Mitglieder des Völkerbunds sind. Amerika ist es, das bei der Lösung der chinesischen Frage ein gewichtiges Wort mitzureden haben wird. Die Großmacht aber, die am stärksten und unmittelbarsten an der chinesischen Frage interessiert ist, heißt Rußland. Die Situation in China selbst hat sich in den letzten Tagen durch die Eroberung von Schanghai und Nanjing derartig kompliziert, daß die englischen und amerikanischen Staatsmänner ihre ganze Kunst werden aufbieten müssen, um wenigstens Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen in China zu schützen.

In Europa hat das albanische Problem in den letzten Wochen zu Erörterungen geführt, bei denen auf Seiten der Rächsbeteiligten der Degeen bereits zur Hälfte aus der Scheide gezogen wurde. Nach den Erfahrungen vom Juli 1914 ist es ganz und gar töricht, im Vertrauen auf die Vernunft der Kabinette und Völker über die Möglichkeit von Kriegen zu lächeln. Gewisse Erwägungen haben auch uns den Ausbruch eines Krieges zwischen Italien und Jugoslawien als nicht recht glaubhaft erscheinen lassen. Aber solche Wahrscheinlichkeitsrechnungen sind immer trügerisch. Sowohl Italien, wie auch Jugoslawien streben mit allen Kräften nach dem Besitz von Albanien. Und, da es sich hier um Völker mit südlicher Leidenschaft handelt, ist mit kriegerischen Konflikten immer zu rechnen.

Die Gefahr eines solchen Konflikts gilt ja nun einstweilen für beseitigt. Eine internationale Untersuchungskommission soll die Vorwürfe, die speziell gegen Jugoslawien erhoben wurden, prüfen. Es ist zweifellos für Deutschland ehrenvoll, daß es zu den drei Großmächten (Frankreich, England und Deutschland) gehören wird, welche diese Kommission bilden. Aber andererseits ist die Teilnahme an derartigen Aktionen meist nicht sehr lohnend, weil über den Schiedspruch eine Partei doch irgendwie erzürnt sein wird. Es war deshalb klug von der deutschen Reichsregierung, daß sie den Wunsch nach Teilnahme an jener Kommission an sich nicht ablehnte, aber von vornherein betonte, sie wolle bei der ganzen Angelegenheit keine Führerrolle spielen und sich mehr im Hintergrunde halten. Es entspricht das ganz und gar der von uns schon mehrfach an dieser Stelle geschilderten Tendenz unserer Außenpolitik. Diese Tendenz schreibt uns Neutralität und immer wieder Neutralität vor, da schon allein die Tatsache der Entwaffnung Deutschlands eine andere Haltung verbietet.

Die italienisch-jugoslawische Spannung

Die Londoner „Times“ meldet: Es scheint, daß die Durchführung der Untersuchung der Lage an der jugoslawisch-albanischen Grenze weniger sicher ist als bisher angenommen wurde. Dieser Wandel kam teilweise der angeblichen Weigerung Italiens, an einer Untersuchung teilzunehmen, zugeordnet werden und teilweise der Mißbilligung, der der Enquetevorschlagnicht nur bei der gesamten Opposition in Jugoslawien, sondern auch in sehr einflussreichen Kreisen Belgrads begegnet. Andererseits sind die Jugoslawen, nachdem sie von Spontan die Einladung zu einer Untersuchung ergeben ließen, jetzt nicht in der Lage, eine solche in irgend einer Art zu verhindern und daher scheinen sie nach anderen Mitteln zu suchen, um ihre Unschuld zu beweisen.

Wie der „Köln“ berichtet, wird der jugoslawischen Regierung folgender Vorschlag unterbreitet werden: Zur Prüfung der angeblichen jugoslawischen Rüstungen wird ein Untersuchungsausschuß entsandt, der Feststellungen auf beiden Seiten der jugoslawisch-albanischen Grenze zu machen ermächtigt ist, und aus deutschen, englischen und französischen Vertretern sowie italienischen und südslawischen Beobachtern zusammengesetzt sein soll. Im übrigen erwartet man, daß die italienische Regierung gegen die vorgelegene Art der Regelung keinerlei Widerspruch erheben werde. Dasselbe behauptet „Welt Journal“ auch von der jugoslawischen Regierung.

Die „Täg. Rundsch.“ weiß aus Belgrad zu melden, daß dort lebhaft Gerüchte verbreitet seien, wonach in Albanien eine Revolution ausgedroht sei. Den Aufständigen soll es gelungen sein, in Tirana einzubringen und den Präsidenten Achmed Bogu gefangen zu nehmen. — Nach einer weiteren Meldung des genannten Blattes aus Athen soll in Elisban ein albanisches Bataillon gemeutert haben. Das Blatt berichtet die beiden Nachrichten mit der Bemerkung, man werde abwarten müssen, was an den Gerüchten Tatsache ist.

Die Lage in Schanghai und Nanjing

Die widerspruchsvollen Meldungen aus Nanjing geben kein vollständiges Bild von der Lage. Es sollen sich, englischen Blättern zufolge, immer noch viele Ausländer im Herzen der Stadt befinden, abgeschnitten von jeder Hilfe inmitten einer fanatischen Menge von Zivilisten und undisciplinierten Soldaten.

Auch die Atmosphäre in Schanghai wird wieder gespannter. „Daily Telegraph“ berichtet: Die Lage gleicht der Stille vor dem Sturm. Es sei zweifellos, daß sich die Engländer „inmitten von Todfeinden, die nur auf ihre Vernichtung aus sind“ befänden.

Die Gehaltsforderungen des Generals von Lüttich. Das Kammergericht Berlin bestätigte am Freitag das Urteil der ersten Instanz über die Gehaltsansprüche, die General von Lüttich und Major Bischof gegenüber dem Reichswehrministerium geltend gemacht hatten. Wie eine Korrespondenz hört, wird das Reichswehrministerium das Urteil des Kammergerichts ebenfalls anfechten, so daß die Forderungen des Generals von Lüttich nunmehr das Reichsgericht zu beschäftigen haben. Unabhängig von diesen Gehaltsansprüchen laufen die Ansprüche auf Pensionierung des Generals von Lüttich beim Reichsverwaltungsgericht.

Wasserwirtschaftsausstellung in Karlsruhe

Besuch durch den badischen Landtag

Am Freitag nachmittag besuchten die Mitglieder des Landtages nach dem Schluß der Plenarsitzung die Ausstellung der Badischen Wasserwirtschaft (Wasserstraßen und Wasserkräfte).

Finanzminister Dr. Schmitt

begrüßte die Abgeordneten und führte dann aus:

Wir haben es für angemessen erachtet, diejenigen Gegenstände hier nochmals auszustellen, welche wir auf der internationalen Ausstellung für Binnen-Schiffahrt und Wasserkraftnutzung in Basel im Jahre 1926 gezeigt haben.

Die Frage der Wasserstraßen und Wasserkräfte in Baden beschäftigt die Öffentlichkeit auf das lebhafteste. Baden ist leider Grenzland geworden. Ausländische Konsulate ziehen sich aus Baden nach dem Innern von Deutschland zurück. Baden hat den Anschluß an die linksrheinischen Wirtschaftsgebiete im wesentlichen verloren. Wirtschaftliche Betriebe wandern von Baden ab. Württembergische Bahnlinien sollen einen Vorzug vor badischen erhalten. Der Fremdenverkehr geht zurück. Ich verweise z. B. auf die Lage der Hotels in Baden-Baden. Badische Steuertaxialien mindern sich, die Erwerbslosenzahl nimmt zu, mehr als z. B. im benachbarten Württemberg. Erst allmählich merken wir, daß Baden sich völlig verändert hat. Wir fragen uns: Ist Baden wirklich zu dem Glacis von Süddeutschland geworden? Wir haben es nicht merken wollen und doch ist es so.

Das Ruhrgebiet hat gewiß durch den Ruhrbruch schwer gelitten, aber ihm haben Reichssubventionen und der englische Bergarbeiterstreik wieder aufgeholfen. In Baden merkt man noch wenig von einer Besserung. Das Reich hat ferner ein Ostprogramm aufgestellt; ein Südwestprogramm ist aber erst im Entstehen begriffen. Wir Badener werden dem Beispiel anderer Länder folgend unsere Belange nachdrücklich in Berlin vertreten müssen, um Reichshilfe zu erhalten.

Doch neben der Reichshilfe kommt für uns die Eigenhilfe in Betracht. Im Rahmen dieser Ausstellung handelt es sich darum, zu zeigen, wie die eigenen Wasserkräfte des Schwarzwaldes und des Rheines uns dienstbar gemacht werden können. Wir müssen hier in der deutschen Südwestecke insbesondere aus dem zum Grenzstrom gewordenen Rheinstrom das machen, was aus ihm gemacht werden kann zum Wohle des Landes und zum Wohle der gesamten deutschen Kultur.

Unser badisches Oberland ist durch seine geographische Lage benachteiligt. Es ist weit entfernt von den Orten, wo Kohlen und Erze produziert werden; es ist weit entfernt von den großen Handelsplätzen. Da ist es denn ein Gebot der Notwendigkeit, den Verkehr nach dem badischen Oberland mit Bahn und Schiff nach besten Kräften zu erleichtern, und es ist eine merkwürdige Fügung, daß unser badisches Land, je weiter entfernt es ist von den deutschen Produktionsstätten im Ruhrgebiet, um so mehr ausgestattet ist mit Wasserkräften, die in weiße Kohle umgewandelt werden können und umgewandelt werden müssen.

Unsere Ausstellung gibt zunächst ein Bild von der Gewässerferunde, von den wissenschaftlichen Unterlagen, die notwendig sind, um alle die Wasserwirtschaft betreffenden Fragen beurteilen und beantworten zu können.

Unsere Ausstellung soll aber auch ein Bild geben von dem Verhältnis der Wasserkräfte zu den Wasserstraßen. Es wäre ungerade, der Schiffahrt einen Vorzug zu geben vor der Entwicklung der Wasserkraftquellen oder vor der Förderung der Eisenbahnen oder umgekehrt. Der Staat darf vielmehr keines von den dreien vernachlässigen; sie müssen vielmehr in einen richtigen Zusammenhang gebracht werden, so wie es das Gesamtwohl erfordert und ermöglicht. So wie ein Vater für alle seine Kinder gleichmäßig zu sorgen hat, so wird auch der Staat weder die Schiffahrt noch die Eisenbahn noch die Gewinnung von Wasserkraft irgendwie vernachlässigen. Er wird vielmehr jede dieser drei Aufgaben harmonisch fördern, besteht doch insbesondere ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Entwicklung der Wasserstraßen und Förderung der Kraftgewinnung. Jedes Wehr am Oberrhein, welches Wasser anstaut zur Kraftgewinnung, staut gleichzeitig Wasser zur Hebung der Schiffe, zur Förderung der Schiffahrt. Und jedes Wehr, das am Oberrhein errichtet und Kraft erzeugt, schafft nationale wirtschaftliche Güter, welche nachher mittelbar oder unmittelbar in den Dienst des Verkehrs, der Schiffahrt und der Eisenbahn gestellt werden können. Das zeitliche Nacheinander zwischen Stauwehr und Schleuse ist keine Bevorzugung der Kraftgewinnung gegenüber der Schiffahrt, sondern eine natürlich gegebene Aufeinanderfolge, da wir eben leider infolge unserer wirtschaftlichen Lage nicht imstande sind, Schiffahrt und Kraftwerke nebeneinander und in vollem Umfang auszubauen.

Es wird Sie vielleicht interessieren zu erfahren, daß das derzeitige in Bau genommene Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt jährlich 640 Millionen Kilowattstunden und daß sämtliche Kraftwerke des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee jährlich 3-4 Milliarden Kilowattstunden erzeugen können. Ihren ganz besonderen Wert aber gewinnen die Kraftwerke des Oberrheins durch ihre Verbindung mit den Kraftwerken des Schwarzwaldes, mit dem Murgwerk und dem künftigen Schluchseewerk. Überschüssiger und an sich nicht genutzter Strom, insbesondere Nachtstrom aus den Rheinwerken wird verwendet, um Wasser hinaufzupumpen in die Speicheranlagen des Schluchseewerks. Man könnte fast davon sprechen, daß die Verbindung von Rheinwerk und Schluchseewerk eine Lösung des Problems eines Perpetuum mobile darstellt.

Das Rheinwasser der Schweiz und das Regenwasser des Schwarzwaldes verbinden sich miteinander, und so kann man sagen, daß die badische Wasserkräftenanlagen die bedeutendsten und rentabelsten Anlagen in ganz Deutschland darstellen.

Da noch mehr! Man muß davon ausgehen, daß zur Zeit die Frage der Förderung der Schifffahrt und der Entwicklung der Wasserkräftenanlagen für die badische Wirtschaft die wichtigste und erste badische Frage ist.

Werden die Probleme, die Sie alle in der Ausstellung dargestellt finden, ausgeführt, dann wird die badische Bautätigkeit angeregt, die Zahl der Erwerbslosen verringert, der Industrie gleichmäßig wie dem Handwerk eine reiche Einnahme verschafft. Ja! Die ganze badische Wirtschaft wird befruchtet.

Aber die allerwichtigste Frage, die uns zur Zeit in Baden beschäftigt und der sich die Regierung in den letzten Wochen mit besonderem Nachdruck zugewandt hat, ist die Elektrifizierung badischer Bahnen.

Wenn Baden die leider von außen her angekündigte Konkurrenz nichtbadischer Bahnen mit Erfolg bestehen will, dann ist es unbedingt erforderlich, daß die Kraftquellen am Oberrhein und im Schwarzwald gefördert und vollendet werden.

Die Elektrifizierung der Bahnen wird den Fremdenverkehr, der sehr darniederliegt, heben. Die Erschließung von Kraftquellen und die Neuansiedelung von Industrie wird auch bevölkerungspolitisch von großem Vorteil für unser badisches Land sein.

Ich erinnere z. B. daran, daß das Badenwerk jährlich 1,8 Millionen RM. in das bad. Staatsbudget abfließt. Und nun noch ein paar Worte über die Bedeutung der Ausstellung. Uns selbst soll die Ausstellung den Zusammenhang vor Augen führen, welcher besteht zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen der gesamten Wirtschaft und ihren einzelnen Teilen.

Die Ausstellung soll dem Besucher und damit dem badischen Volk zum Bewußtsein bringen, daß das badische Land gewaltige Naturkräfte birgt, und daß diese Naturkräfte gehoben werden müssen.

Die Ausstellung soll den Willen zur Tat fördern. Sie soll insbesondere die Jugend für sich gewinnen. Die Ausstellung soll die Jugend lehren, stolz zu sein auf unsern Vater Rhein; sie soll die Liebe zur Heimat und zu den Naturschönheiten wecken.

Die Ausstellung soll uns aber auch alle gemahnen, daß auf dem Rhein die Völker, die noch vor kurzem miteinander gekämpft haben, sich zusammenfinden. Die Ausstellung und der Blick auf den Rhein soll uns darauf hinweisen, daß wir mit den andern Völkern in Frieden zusammen leben und zusammen arbeiten und daß wir Differenzpunkte ausgleichen müssen, daß nicht der Machtstandpunkt, sondern der Rechtsstandpunkt — die Verständigung und Einigung mit unseren Nachbarn — uns emporführen kann.

Und in diesem Sinne geben wir uns auch heute der Hoffnung hin, daß insbesondere die derzeitigen Verhandlungen mit der Schweiz über Fragen, die den Bodensee und den Oberrhein betreffen, zu einem Ziele führen, welches sowohl unserem Schweizer Nachbarland, wie auch dem Land Baden, Württemberg und Bayern zum Vorteil gereicht.

Nach diesen informierenden Darlegungen des Finanzministers machten Oberbaurat Altmaier und Baurat Henninger die Abgeordneten mit den Einzelheiten der Ausstellung bekannt. Baurat Henninger unterrichtete besonders über die Pläne bezüglich des Ausbaues des Schlusferwerkes.

Der Reichspostminister als Zeuge im Barmat-Prozess. Am Donnerstag erfolgte im Barmat-Prozess die Vernehmung des Reichspostministers, der auf Grund eines Kabinettsbeschlusses Aussagegenehmigung erhalten hatte.

Die Organisation des französischen Heeres. Der französische Kriegsminister Painlevé hat Freitag nachmittag sich mit dem Heeresansicht der Kammer über die verschiedenen noch strittigen Punkte bezüglich des Gesekentournees über die allgemeine Organisation des Heeres geeinigt.

Kein Frauenwahlrecht in Frankreich. Der Wahlrechtsausschuß der französischen Kammer hat beschlossen, den Vorschlag seines Berichterstatters, den Frauen das aktive und passive Stimmrecht zu verweigern, zu verworfen.

Aus den Reichstagsausschüssen

Dr. Köhler über Deutschlands Finanzlage

Bei der Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Freitag Finanzminister Dr. Köhler das Wort zu einer längeren Rede über die finanzielle Lage des Reiches.

Der Minister gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß bei weiterer günstiger Entwicklung unserer Wirtschaftslage die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 2.750.000.000 auf 3.020.000.000 Mark erhöht werden können. Die Hauptausgaben, die den Etat für 1927 belasteten, seien die Ausgaben für Erwerbslosen- und Krisenfürsorge. Das Reich wolle den Ländern und Gemeinden am 1. April d. J. die Erwerbslosenfürsorge abnehmen.

Die ganze Finanzwirtschaft bedürfe also äußerster Aufmerksamkeit und vorzüglicher Gebarung, insbesondere, da noch einige große Kisten, wie die Verbesserung der Bezüge der Beamten und Kriegsbeschädigten, noch nicht berücksichtigt seien. Die Frage einer Aufbesserung dieser Bezüge wolle die Reichsregierung noch 1927 zur Entscheidung bringen.

Im Steueranschuß des Reichstages wurde heute das Finanzausgleichsgesetz in 2. Lesung angenommen. Es bleibt also bei den Gemeindebeiträgen und bei der Erhöhung der Biersteueranteile für die süddeutschen Länder.

Der Sozialpolitische Ausschuss

beschäftigte sich am Donnerstag weiter mit den Anträgen zur Invalidenversicherung. Die Invalidenversicherung beansprucht von den Überschüssen der Angestelltenversicherung 40 Millionen und die Reichsregierung hat diesen Anspruch bereits anerkannt und die 40 Millionen als Teil ihres gesamten Finanzprogramms in den Etat eingestellt.

Eine deutsche Erklärung zur Abrüstungsfrage

In der fünften Sitzung des Vorbereitungsausschusses der Abrüstungskonferenz in Genf formulierte am Donnerstag der deutsche Delegierte Graf Bernstorff den deutschen Standpunkt dahin, daß Deutschland eine Scheinlösung, wie sie in der Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes bestehen würde, ablehne.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Ergänzung des bestehenden Handelsprovisos scheinen nicht vorwärts kommen zu wollen. Die französischen Unterhändler widersetzen sich den deutschen Wünschen in bezug auf die Zollermäßigung für gewisse deutsche Waren.

Der frühere Kaiser und die Deutschnationalen. Der „Vorwärts“ teilt mit: Wie jetzt anlässlich der Erörterungen der geplanten Rückkehr des früheren Kaisers von Doorn bekannt wird, hat sich dieser früher einmal an die deutschnationale Parteileitung gewandt um den Ehrenvorsitz zu erhalten.

Todesurteile im Fememordprozess. Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden am heutigen Samstag die Angeklagten Fuhrmann, Klapproth und Umhofer wegen gemeinschaftlichen Mordes, der angeklagte Oberleutnant Schulz wegen Anstiftung, gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes, zum Tode verurteilt.

Die Einigungsverhandlungen im Versicherungsgewerbe gescheitert. Die im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Einigungsverhandlungen im Versicherungsgewerbe sind am Freitag gescheitert.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 25. März.

An den Haushaltsausschuß geht eine zweite Ergänzung zum Haushalt für 1927, die neue Beamtenstellen in der Steuerverwaltung anfordert, damit die Finanzämter ihre Arbeiten erledigen können.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) erklärt, es sei bezeichnend, daß man sich über alle möglichen Kanalprobleme unterhalte und alles ängstlich vermeide, was die Verhältnisse bei der Reichsbahn und das Reichsbahngesetz betrifft.

Abg. Gred (Soz.) fordert, man solle nun endlich ernst machen mit der Hilfe für den deutschen Rhein. Für die große Verkehrsstraße geschehe viel zu wenig.

Abg. Wenkel (Natl.) bittet den Minister, sein Augenmerk auf den verkehrsarmen Osten zu richten. Abg. Groß (Zentr.) wendet sich gegen die Anregung, daß Verkehrsministerium mit dem Wirtschaftsministerium zu verschmelzen.

Abg. Schmidt-Steglich (Dem.) verlangt, daß die Überschüsse der Reichsbahn zur Verbesserung der Personalverhältnisse oder zu Tarifermäßigungen verwendet werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch:

Subventionen werden weder der Luft- noch der Seeschifffahrt a fonds perdu gegeben. Steuermittel dürfen nicht Einzelunternehmungen zugute kommen.

Abg. Steintopf (Dem.) bedauert die Erklärung des Ministers, daß er gegenüber der Reichsbahn sozusagen hilflos sei. Abg. Dr. Schmidt (N.) empfiehlt dem Völkerverbund, er solle sich einmal um die Aufzuchtungen der Länder rund um Deutschland kümmern.

Abg. Körner (N.) wünscht Unterstützung des deutschen Luftschiffbaues. Abg. Hummel (Dem.) beantragt, die Ausgabe für den Mittellandkanal in voller Höhe wieder in den Etat einzufügen.

Der Haushalt wird selbst in der von den Ausschussbeschlüssen gegebenen Form angenommen. Neueingefügt werden auf Antrag der Regierungsparteien 50.000 M. für Vorarbeiten zum Bau von Rheinbrücken in Ludwigshafen, Speyer und Mainz.

Abgelehnt wird ein demokratisch-sozialdemokratischer Antrag, zwei Millionen für den Zepelinbau zu bewilligen. Abgelehnt wird auch gegen die Stimmen der Linken und der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Völkischen der Antrag Hummel (Dem.).

Ebenso wird abgelehnt ein Antrag Mollath (Wirtsch. Ver.), der eine Million für die Beteiligung des Reiches an Kraftverkehrsgesellschaften streichen will.

Abg. Taubadel (E.) erstattet den Ausschussbericht. Die Vorarbeiten für einen Erweiterungsbau des Reichstages sind noch nicht abgeschlossen. Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) beklagt sich über schlechte Belästigung im Reichstagsrestaurant.

Das Haus vertagt sich auf Samstag 1 Uhr: Etat für die besetzten Gebiete. Lohnarbeitsverhandlungen mit der Reichsbahn. In Berlin haben am Freitag in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit dem am Lohnarbeits beteiligten Gewerkschaften über die Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen weitere Besprechungen stattgefunden.

Aufdeckung einer kommunistischen Verschwörung in Polen. Die politische Polizei ist — wie aus Warschau gemeldet wird — einer großangelegten kommunistischen Organisation auf die Spur gekommen, deren Absicht es war, durch Verletzung des Generalstreikes am 1. Mai loszuschlagen.

Herr Bürgermeister vergessen Sie nicht das Buch Dr. Lempen **Der Geburtshelfer** für Ihre Gemeinde sofort zu bestellen

Badischer Teil

Die Rheinbrückenfrage

Zu den Mitternachtsmeldungen über eine angebliche Streichung des Brückenbauprojektes Magau wird amtlich mitgeteilt: Der Reichstag hat bisher überhaupt keine Anforderungen für den Bau von Rheinbrücken enthalten. Erst jetzt wurde nachträglich der Betrag von 50 000 Mark für Vorarbeiten in den Etat aufgenommen und gestern vom Reichstag genehmigt. Unter den Parteien hat allerdings eine Besprechung der verschiedenen Brückenbauprojekte stattgefunden, jedoch wurde dabei gleichzeitig eine Zurückstellung der Vorlage angeregt, weil noch keine genügenden Unterlagen, wie Pläne und Berechnungen, vorliegen sollen, die eine definitive Stellungnahme dazu ermöglichen würden. Die Alarmnachrichten über eine Streichung des Brückenbauprojektes sind somit hinfällig. Der Bau einer Rheinbrücke bei Magau ist im Prinzip gesichert.

Badischer Landtag

13. Karlsruhe den 25. März.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Freidhof (Soz.) über eine Eingabe wegen Gewährung eines Staatszuschusses für eine staatliche Vogelzuchtanstalt. Er unterrichtet warm alle Maßnahmen zum Schutze der heimischen Vogelwelt, um deren weiteren Rückgang zu verhindern. Ohne Debatte stimmt das Haus dem Ausschussantrag auf empfehlende Überweisung zu.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Würg. Vgg.) begründet eine förmliche Anfrage betr. die Besetzung der Abteilungspräsidentenstelle für direkte Steuern

beim Landesfinanzamt Karlsruhe. Es wird gefragt, ob dem badischen Finanzminister keine Gelegenheit gegeben war, die Belange Badens geltend zu machen, und ob sich unter den badischen Beamten keiner gefunden hätte, der geeignet wäre, die Stelle des Abteilungspräsidenten zu übernehmen. Es handelte sich zwar um eine Sache des Reiches; aber die Aufgaben des Landesfinanzamtes berühren in hohem Maße die Interessen des Landes. Die Anfrage sei nicht eingebracht als Vorstoß des Partikularismus, sondern als ein Vorstoß gegen Maßnahmen, die geeignet seien, dem Partikularismus Wasser auf die Mühlen zu treiben. Was die Besetzung von Stellen im Reich betrifft, so hätten die Wähler zweifellos das Nachsehen.

Finanzminister Dr. Schmidt erklärt zur Beantwortung: Die Auswahl des neuen Direktors der Abteilung für Besitz- und Verlehrssteuern beim Landesfinanzamt Karlsruhe ist in engem Benehmen des Reichsfinanzministers mit dem badischen Finanzminister erfolgt. Die Verhandlungen wurden zum Teil schriftlich, in der Hauptsache aber mündlich geführt. Dabei hat sich der badische Finanzminister gemäß seiner grundsätzlichen Einstellung von dem Gedanken leiten lassen, daß die badischen Belange soweit als möglich zu wahren sind. Als es sich zeigte, daß ein Nichtbadener in Frage komme, hielten wir dafür, daß es ein besonders hervorragender Beamter und zunächst ein Rheinländer sein müsse, der sich am ehesten in der badischen Eigenart einleben könne. Wir haben weiter erreicht, daß 4 badische Regierungsräte zu Oberregierungsräten befördert und einer ins Rheinland versetzt wurde. Die Regierung ist der Meinung, daß die badischen Belange völlig und nachdrücklich gewahrt worden sind. Die Erörterung der dienstlichen Vereinstätigkeit der etwa in Betracht kommenden Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit ist aus nachgelassenen Gründen nicht möglich, um so mehr es sich gar nicht um Landesbeamte handelt. Ich bin indessen bereit, in nichtöffentlicher Kreise diese persönliche Frage zu besprechen. Da sich zur Besprechung der förmlichen Anfrage niemand meldet, erhält Abg. D. Mayer-Karlsruhe das Schlusswort. Er erklärt, daß ihn die Antwort der Regierung nicht befriedigen könne.

Abg. Graf (Soz.) berichtet namens des Reichspflegerausschusses über den Antrag der Abg. Gündert u. Gen. (D. Ept.) betr.

Änderung des § 111 der Gemeindeordnung.

Er empfiehlt folgende Fassung: Die Regierung möge gelegentlich einer Änderung der Gemeindeordnung, jedenfalls vor den nächsten allgemeinen Gemeindevahlen prüfen, ob die in § 111 vorgesehene Einspruchsfrist gekürzt werden können.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Gündert (D. Ept.) stimmt das Haus dem Ausschussantrag zu.

Ein Gesuch des Wirt. Frontkämpferbundes in Stuttgart betr. das Reichsheimat (Verdichterstatter der dem. Abg. Scheel) wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 30. März, vorm. 9 Uhr: Kirchenvermögensgesetz. Schluss 5 Uhr.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Ingenieur Arthur Colin in Magau, der unter eigener Lebensgefahr zwei Personen vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Vom Kraftwert Ryburg-Schwörstadt

Die wesentlichsten Teile der Tief- und Hochbauarbeiten für das Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt sind nunmehr vergeben worden. Den Auftrag zur Ausführung des Kraftwerkes erhielten die Gen. u. Biffinger A.-G. in Mannheim zusammen mit Philipp Holzmann A.-G. in Frankfurt a. M., während die Wehrarbeiten an Locher & Cie. bzw. J. J. Küssg & Cie., beide in Biberach, vergeben wurden. Es handelt sich insgesamt um ein Objekt in Höhe von 16 Millionen Schweizerfranken, in das sich Deutschland und die Schweiz etwa je zur Hälfte aufteilen.

Die Lohnbewegungen in Baden

13. Mannheim, 25. März. Der am 8. März gefällte Schiedsspruch in der Metallindustrie wurde in einer Versammlung der „antifaschistischen Metallarbeiterverbände“ mit großer Mehrheit abgelehnt.

13. Pforzheim, 25. März. Der Arbeitgeberverband hat die Vorschläge der Gewerkschaften zur Lohnregelung in der Schmiedewarenindustrie abgelehnt.

13. Freiburg, 25. März. Zwischen dem Arbeitgeberverband für Handel und Industrie und den Angestelltenvereinigungen haben heute hier Verhandlungen über die Erhöhung des Gehaltsstarifs im Handelsamtbezirk Freiburg ab 1. April stattgefunden. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Angestelltenvereinigungen werden den Schlichtungsausschuss anrufen.

Eröffnung der Ausstellung „Der Mensch“ in Karlsruhe

Heute Samstag mittag 12 Uhr versammelten sich im Vortragsraum der städt. Ausstellungshalle ein größerer Kreis von Vertretern des öffentlichen und Wirtschaftslebens, die Spitzen der Behörden, darunter der Landeskommissar Geheimrat Gräfer, Landrat Dr. Bauer, der Präsident des Rechnungshofes Wiedemann, Vertreter der Stadt, der Ärzteschaft und Lehrerschaft usw., um der Eröffnung der Ausstellung „Der Mensch in gefunden und kranken Tagen“, beizuwohnen.

Professor Dr. K. Baas, der 1. Vorsitzende der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene begrüßte namens der Ausstellungsgesellschaft, die aus dem Deutschen Hygiene-Museum zu Dresden, der Stadt Karlsruhe, der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene und dem Verkehrsverein Karlsruhe besteht, die Teilnehmer und führte dann etwa folgendes aus: Infolge des Krieges und der Zustände in den ersten Jahren nach dem Kriege wurde die Bedeutung der Bestrebungen für die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse ins helle Licht gerückt. Reich, Staat und Gemeinden bemühen sich durch geeignete Maßnahmen — es sei nur auf das kürzlich verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hingewiesen — die Volksgesundheit zu verbessern. Aber ohne die Mitarbeit der breitensten Volksschichten ist ein voller Erfolg nicht zu erreichen. Auch das eben genannte Reichsgesetz wendet sich an das Pflichtbewußtsein der Bevölkerung. Es gilt, in allen Kreisen das Verantwortungsgefühl zu stärken und sie über die Gesundheitspflicht zu belehren. Diesem Zwecke diene im vorigen Jahre die Reichsgesundheitswoche. Und gewissermaßen zu ihrer Fortsetzung und Vertiefung wird jetzt die Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums gezeigt. Dieses Hygiene-Museum ist ein Weltunternehmen, dessen Erzeugnisse nicht nur im Inlande, sondern auch in vielen ausländischen Staaten, sogar in Ägypten begehrt werden. Die Ausstellungsgegenstände sind in der Tat ebenso lehrreich wie schön und haben mit Recht auf der Gelei allgemeine Bewunderung hervorgerufen. Dem Deutschen Hygiene-Museum ist daher der beste Dank auszusprechen, daß der Bevölkerung von Karlsruhe und den benachbarten Gemeinden Gelegenheit gegeben ist, sich in so wirkungsvoller Art hygienisch belehren zu lassen.

Zu danken ist des weiteren der Stadt Karlsruhe, dem Geschäftsführer der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene und dem Verkehrsverein Karlsruhe, vor allem Direktor Lager für das Zustandekommen der Ausstellung, ferner den Behörden und Organisationen, welche unser Ausstellungsunternehmen förderten, und den vielen Karlsruher Ärzten, die sich für Führungen und Vorträge bereit finden ließen. Baden hat in früheren Jahrhunderten mehrfach ein gutes Beispiel auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung gegeben. Es sei nur daran erinnert, daß 1429 der Freiburger Mönch und Arzt Heinrich von Laufenburg ein noch heute lesenswertes Buch über die Gesundheitsvorschriften in deutschen Versen verfaßt hat, und daß dann Ende des 18. Jahrhunderts die badischen Kräte J. A. Mai und J. B. Frank Bahndredendes auf dem Gebiete der Gesundheitsbelehrung geleistet haben. Es ist zu hoffen, daß auch die jetzigen Darbietungen der Ausstellung von der badischen Bevölkerung gerne aufgenommen werden, und daß sich wiederum auf dem Gebiete der hygienischen Volksbelehrung Baden unter allen deutschen Staaten auszeichnen wird.

Alsdann ergrieff der Vertreter der Stadterwaltung, Bürgermeister Dr. Meinschmidt, das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er den Gedanken der Ausstellung lebhaft begrüßte als eine Gelegenheit zum Selbstunterricht und Selbstkenntnis auf dem Wege der Förderung der Gesundheit des menschlichen Körpers. Er dankte auch dafür, daß sich eine große Zahl von Fachleuten gefunden habe, um durch Führungen die notwendigen Erklärungen zu geben. Darauf erklärte er die Ausstellung für eröffnet.

Es folgte ein Rundgang, wobei Dr. Alfons Fischer, der Geschäftsführer der Gesellschaft für soziale Hygiene, die Führung übernahm. Über alle Einzelheiten der Ausstellung zu sprechen, würde zu viel Zeit kosten. Dr. Fischer erläuterte daher nur kurz die bei der Ausstellung verwandten Methoden. Er wies darauf hin, daß Lingner früher eine gute Hygiene-Ausstellung mit einem aufgeschlagenen illustrierten Buch verglichen hat. Jetzt mutet man den Ausstellungsbesuchern, wenn es sich um eine nach geltenden zählenden Schar handelt, nicht mehr zu, viel zu lesen. Die Ausstellungsgegenstände erhalten nun lediglich eine kurze Bezeichnung, ohne nähere Erläuterungen. Heute gleicht eine Ausstellung einem aufgeschlagenen Bilderatlas. Aber diese Bilder müssen klar und deutlich sein, um sogleich das Interesse zu erregen und ihre Lehren leicht erkennen zu lassen. Die Darstellung durch solche Ausstellungsgegenstände versteht das Deutsche Hygiene-Museum meisterhaft.

Dies zeigt sich zunächst bei den zahlreichen Darbietungen, welche sich mit dem Bau und der Tätigkeit des menschlichen Körpers befassen, mag es sich um das Knochen- oder Muskelsystem, mag es sich um den Blutkreislauf, die Atmung oder Verdauung handeln. Durch große Tafeln, treffliche Präparate und Apparate, Moulagen und anderes mehr werden alle Teile der Anatomie und Physiologie allgemeinverständlich veranschaulicht. Des weiteren wird man mit Hilfe der gleichen Lehrmethoden mit den mannigfaltigen Krankheitserscheinungen und ihrer Verhütung sowie der Gesundheitsfürsorge bekannt gemacht. Tuberkulose, Malaria, Alkoholismus, Geisteskrankheiten, Kinderkrankheiten, Geschlechtskrankheiten (letztere mit der entsprechenden Rücksichtnahme auf jugendliche Personen), ferner Säuglings- und Schulkinderversorgung, sowie Leibesübungen und Rasenhygiene werden jeweils durch viele und vielartige Gegenstände den Ausstellungsbesuchern vor Augen geführt. Die größte Bewunderung verdient die Sonderabteilung „Der durchschnittliche Mensch“. Mit Benutzung einer von dem Leipziger Anatomen Spalteholz erfundenen Flüssigkeit gelang es, nach entsprechender Vorbehandlung der Blutgefäße, diese in ihrem ganzen Lauf innerhalb eines Körperteils sichtbar zu machen, so daß man ein Bild von den feinsten Verzweigungen der Blutgefäße erhält. Hiermit ist in der Darstellungstechnik bisher wohl der Höhepunkt erreicht.

Aus der Landeshauptstadt

Beethovenfeier des Bad. Konservatoriums

Am Vorabend von Beethovens 100. Todestag versammelte man sich in ernster Erwartung zu einer Gedächtnisfeier des bad. Konservatoriums. Nur Schüler und Schülerinnen fügten mit selbstarbeiteten Leistungen die Bausteine zu einem stimmungsvollen Ganzen; es war teilweise in seiner Art ergreifend, wie sich hier Habierpielende, singende und geigende Jugend sichtlich bemühte, nicht nur den technischen Aufgaben gerecht zu werden, sondern dem erhebenden Anlaß eine schlichte und würdige Weihe zu geben. Dadurch wuchs die Veranstaltung über die Bedeutung eines Vorkonzertabends weit hinaus. Auch waren Werke und Spieler so ausgesucht, daß fast alle Darbietungen von entsprechender Reife zeugten und künstlerisch gewertet werden konnten. Wesentliches trugen bei u. a. Gretel Lott (Walstein-Sonate), Gertrud Jöbel und Gertrud Baumann (Kreutzer-Sonate), S. Widler, E. Keffinger und Fritz Köhler (Geistertrio). Mit Liedvorträgen beteiligten sich Irma Braun, Anna Egg, Silke Paulus und Fritz Kaiser. Der mit einer von Grün umgebenen Beethovenbüste geschmückte Bürgeraal im Rathaus war nicht besetzt.

Der neue Fordfilm. In einem überaus interessanten und lehrreichen Filmvortrag von vier Teilen zeigte Ingenieur Dienes am Freitag im Städt. Konzerthaus die Herstellung der Traktoren und den Betrieb in den neuen Ford-Werken. Durch den Besitz eigener Kohlen- und Erzbergwerke, sowie aller möglichen technischer vollkommener Maschinen und Anlagen, besonders „der Arbeit am fließenden Band“ ist Ford in der Lage, Traktoren und Autos zu den betonten niedrigen Preisen herzustellen. Dieser Film zeigt in klarer, übersichtlicher Weise den wesentlichen Werdegang vom Rohstoff zum fertigen Fabrikat. Einzelne Bilder der maschinellen Anlagen erregen geradezu Bewunderung. Als man im letzten Teile des Films die Traktoren auf dem Felde pflügen, eggen, säen und mähen sah, konnte man erst richtig erkennen, was solche Maschinen ihren Besitzern nützen. — Den Abschluß bildete ein von Edsel Ford, dem Sohn Fords, veranstalteter Zuverlässigkeitswettbewerb von Flugzeugen verschiedener Typen. Er möchte dadurch den besten Motor herausfinden und herstellen; und somit in nächster Zeit auch mit der Produktion von Flugzeugen hervortreten. — Entsprechend dem Gebotenen wäre ein bedeutend größerer Besuch am Platze gewesen.

Das Karlsruher Pferderennen am 26. Juni. Der Karlsruher Rennverein wird zu den Pferderennen am 26. Juni d. J. ein Zuchtrennen (Trabfahren) für Pferde ausschreiben, die im Jahre 1923 in Baden geboren und nachweisbar von einem Oldenburger Hengst abstammen. Hierdurch folgt der Verein einer Anregung aus Züchterkreisen, welche die Leistungsprüfung ihrer schweren Warmblutpferde Oldenburger Richtung sehrnächst erwünscht. Allen Interessenten an diesem Zuchtrennen erteilt das Sekretariat des Karlsruher Rennvereins jedwede nähere Auskunft.

Kromenadelkonzert auf dem Schloßplatz. Die Vereinigung badischer Polizeimuster wird am Sonntag bei günstiger Witterung auf dem Schloßplatz vormittags 12 Uhr ein Kromenadelkonzert geben. Die Leitung hat Obermusikmeister Geißig.

Vorträge und ärztliche Führung in der Hygiene-Ausstellung. Am Montag, den 28. März findet nachmittags 5 1/2 Uhr eine Führung durch die Arztin Fräulein Dr. Maas und abends 7 Uhr ein Vortrag von Regierungs-Medizinalrat Dr. Silberorth über Verhütung ansteckender Krankheiten statt.

Badisches Landestheater. Mit dem Schauspiel „Thomas Paine“, das am Mittwoch, den 30. März, zur Uraufführung kommt, erscheint sein Dichter, Hanns Jöbstl, zum erstenmal auf der Bühne des Landestheaters. Geboren im Jahre 1890 in Seerhausen bei Riefa in Sachsen, gehört er zu den markantesten dichterischen Persönlichkeiten der modernen deutschen Literatur und hat sich als Verfasser des Grabbedramas „Der Einsame, Ein Menschenuntergang“ (1917), des zweiten Teils einer Trilogie, und mit deren drittem Drama, „Der König“, in die vordere Reihe der Gegenwartsdramatiker gestellt. — Sein jüngstes Schauspiel, „Thomas Paine“, entnimmt seinen Stoff dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege. Neben dem nordamerikanischen Titelhelden stehen die großen Väter der nordamerikanischen Republik, die George Washington, Greene u. a. — „Dieses verzweifelte Spielchen an das Leben“, so sagt der Dichter in seinem Vorwort, bedeutet ihm einen Abschied vom unmittelbaren Glauben an eine Art privaten Eigentumsrechts des Menschen an sein persönliches Leben. — In der Vorstellung von Beethovens Oper „Fidelio“ am morgigen Sonntag sind beschäftigt, die Damen Elise Blank (Marzelline), Marie Franz (Fidelio) und die Herren Hans Siegfried (Jaquino), Franz Schuster (Minister), Theo Strad (Florestan), Adolf Vogel (Rocco) und Walter Warth (Viktor). Musikalische Leitung: Josef Krips, szenische Leitung: Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach einem wolfigen Tage mit streichweise Regenfällen zogen in der letzten Nacht die Wärmewellen über uns hinweg. Der Durchzug war mit stürmischen Winden und in Nordbaden mit Gewittererscheinungen verbunden. Stellenweise fiel vorübergehend Hagel. Der Kern der Zyklone liegt heute über England. Wir bleiben daher noch in der Westströmung und haben weiterhin unbeständiges Wetter zu erwarten. Voraussichtl. Witterung für 27. März: fortwährend unbeständig mit einzelnen Strichregen, Temperaturen wenig verändert.

Die Beethoven-Jahrhundertfeier

Wien, 26. März. (Tel.) Ganz Österreich steht heute am hundertsten Todestage im Zeichen des größten deutschen Meisters der Tonkunst. Alle amtlichen und Privatgebäude in Wien haben geflaggt. In den Schulen werden wie an nationalen Feiertagen statt des Unterrichts Beethovengedenken abgehalten. Neben Artikeln und zahlreichen Telegrammen aus aller Welt bringen die Blätter Aufzählungen hervorragender Persönlichkeiten über die Bedeutung Beethovens. So sagt Reichsinnenminister v. Kundell in der „Neuen Freien Presse“: Beethovengedenken sind seit längerer Zeit wieder ein großer nationaler Feiertag des ganzen deutschen Volkes. In Beethovens Musik erlebt das deutsche Volk überstaatliche Grenzen, Weltanschauungen und soziale Schichten hinweg die heroische Form seines eigenen Wesens.

London, 26. März. (Tel.) Alle Blätter veröffentlichen anlässlich des 100. Todestages Beethovens Bilder des Meisters und Würdigungen seiner Werke. „Daily Mail“ schreibt: Wohl kein anderer Mann hat je die Menschheit durch sein Werk so bereichert, wie Beethoven. Im „Daily Telegraph“ heißt es: Von allen großen Tondichtern ist Beethoven der gewesen, der am beständigsten weber Vermögen noch Beifall suchte, sondern die Träne des Ausdrucks und die individuelle Schönheit, die der Leistung des wahren Künstlers sein soll.

Amol-Bonbons
bei Husten, Heiserkeit und Halsbeschwerden
Albewährt
In Apotheken und Drogerien erhältlich

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlungen.

Auf Grund der W.W.D. vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (R.G.B. S. 143) sowie der badischen W.D. vom 24. Februar 1917 (W.W.D. S. 49) wird dem Verein Lannenberg-Nationaldenkmal E. V. in Königsberg, Jakobstraße 8, in jederzeit widerruflicher Weise die Erlaubnis zur Vornahme einer Sammlung von Geldspenden im Lande Baden zur Errichtung eines Lannenberg-Nationaldenkmals mit Wirkung bis 30. Juni 1927 erteilt.

Karlsruhe, den 25. März 1927.
Der Minister des Innern
F. v. Fehrenbach.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeiwachtmeister Josef Huber in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister.

Justizministerium

Zugelassen:

Gerichtsassessor Dr. Heinz Wolf als Rechtsanwalt beim Landgericht Konstanz.

Planmäßig angestellt:

Die Gerichtsvollzieher Adolf Eble beim Amtsgericht Weimheim, Karl Gräfer beim Amtsgericht Achern, Anton Jocher beim Amtsgericht Dreifach, Michael Joders beim Amtsgericht Schopfheim, Hugo Koppe beim Amtsgericht Ettenheim, Heinrich Kaumann, Alois Schönet und Franz Schuster beim Amtsgericht Heidelberg, Wilhelm Reger beim Amtsgericht Pforzheim, Albert Schwarz beim Amtsgericht Mannheim und Fritz Westhäuser beim Amtsgericht Konstanz.

Ernannt:
Die Gerichtsverwalter Carl Raier beim Amtsgericht Neustadt und Adolf Nöpfer beim Amtsgericht Schwellingen zu Gerichtsverwaltern.

Berufen:

Die Justizobersekretäre Alfred Rimling beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Billingen und Franz Walter beim Amtsgericht Bonndorf zum Amtsgericht Lahr; die Gerichtsvollzieher Karl Stephan beim Amtsgericht Nehl zum Amtsgericht Mannheim und Friedrich Westhäuser beim Amtsgericht Konstanz zum Amtsgericht Nehl, Rangassistentin Mathilde Ling bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Justizministerium, Oberaufseher Anton Rosenfelder beim Bezirksgefängnis Staufen und Aufseher Josef Ruf beim Bezirksgefängnis Dreifach zum Landesgefängnis Freiburg.

Verstorben:

Polizeiwachtmeister Karl Hubert in Baden-Baden, Revisionsoberinspektor Josef Stangl.

Eintracht
Montag, 28. März, 8 Uhr
BEETHOVEN-
Gedächtnis-Woche
Hermann Walter
Diener / Rehberg
Violin-Sonaten: 242
G-Dur, op. 96, Frühlings-Sonate, Kreutzer-Sonate
Karten zu Mark 2.—, 3.—, 4.— und 5.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Jagd-Versteigerungen.
Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiberichtungs-Anzeigen sind in dieser Zeitschrift sehr erfolgreich. „Der Deutsche Jäger“ ist u. a. offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger und seiner Ortsgruppen, deren Mitglieder fast durchwegs Bezahler sind. 3.160
Anschrist: Verlag „Der Deutsche Jäger“
München, Brienerstraße 9.

An die Herren Bürgermeister in Baden



Das Buch von Dr. Lempen
Jeder Landwirt
der Geburtsshelfer
seiner Haustiere

wurde soeben allen Bürgermeisterämtern zugestellt. Versäumen Sie nicht, das Buch zum Vorzugspreis von Mark 1.60 für Ihre Gemeinde zu sichern

Jede Gemeinde sollte mindestens 10 Exemplare, größere Gemeinden 20—30 Stück sofort bestellen, um speziell der jüngeren Generation ein wertvolles Anschauungsmaterial zu bieten

Bestellen Sie noch heute direkt bei der
Buchhandlung Welland & Co.
Lörrach (Baden)

Besuchet die Ausstellung DER MENSCH

in gesunden und kranken Tagen!

Sondergruppe:
Der durchsichtige Mensch
Karlsruhe

Städt. Ausstellungsgebäude
26. März bis 20. April
Täglich geöffnet v. 11 bis 8 Uhr



Veranstalter:
Deutsches Hygiene-Museum
mit Unterstützung der Landeshaupstadt Karlsruhe

Täglich ärztliche Führungen und Vorträge

Eintritt: Erwachsene 60 Pfg. Ermäßigter Preis 40 Pfg. durch Vereine und andere Organisationen (die sich diesbezüglich an die Ausstellung wenden) sowie durch die Auskunftsstellen des Verkehrsvereins (im Hauptbahnhof und Kaiserstraße 141); 30 Pfg. für Mitglieder der Allgem. Ortskrankenkasse durch die Gewerkschaften und die Kassenerwaltung; Volksschüler 20 Pfg., Schüler höherer Lehranstalten 30 Pfg. (bei klassenweisem Besuch); Schüler in Begleitung der Eltern 40 Pfg. Preisermäßigung auch für Erwerbslose.

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Öffentliche Verbands-Sparkasse Gengenbach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	4 773.46	1. Spareinlagen	561 542.33
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen, Postsparkassendirektion	27 060.52	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	117 023.25
3. Wertpapiere	1.—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	15 791.65	4. Anleihen-Kapitalschulden eininkl. Reichskredite	140 494.72
5. Darlehen auf Hypotheken	166 582.14	5. Ausgaberrückstände	1 066.35
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	67 628.72	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldscheine	505 618.—	a) gesetzl. Reservefonds	31 710.75
8. Darlehen an Gemeinden	78 187.04	b) Sonderrücklagen	12 641.—
9. Einnahmerückstände	15 406.—	c) Aufwertungsstock	18 858.33
10. Grundstücke und Gebäude	2 557.48	7. Reingewinn vom Jahre 1926	20 737.65
11. Gerätschaften	20 467.47		
	1.—		
	904 074.48		904 074.48

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus RM 652 883.63 Einlagen RM 32 644.15
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 unter
Zuweisung von RM 933.40 aus Reingewinn RM 32 644.15
Gengenbach, den 15. März 1927. R.164

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Rat, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Dr. Kuner.

Firma Georg Kumpf, Holzwerkstätte in Karlsruhe, Kaiserstr. 92 und Erbprinzenstr. 31, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger bezgl. der Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse und eintretendenfalls zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände bestimmt auf: **Donnerstag, den 7. April 1927, vormittags 11 Uhr, Akademiestr. 6, II. Stock, Zimmer 139.** Karlsruhe, 25. 3. 1927.
Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts A 6.
Holzverkauf.
Bad. Forstamt Gudenfeld in Forstheim (Forststr. 1, Fernsprecher 2151) verkauft freihändig etwa 3200 fm Nadelrundholz aller Klassen, darunter 960 fm Forlen, aus Staatswaldbeständen I, II, III, VII, IX, XIII, und XIV. Angebote nur in ganzen Prozenten der 3. G. R. bis längstens **Mittwoch, den 30. März d. J., nachm. 4 Uhr,** erbeten. Vorzeiger: Forstwärter Schuder und Mar-

tus in Büchenbronn, Förster von Au in Gudenfeld, Oberforstwärter Bommer in Bamberg u. Volkert in Neuhäusen. Liffenauszüge durch das Forstamt. R.137

Durch Gesellschaftsbeschluss vom 15. 3. 1927 ist die Firma Simon & Co., G. m. b. H. Karlsruhe in Liquidation getreten.
Der unterzeichnete Liquidator fordert die Gläubiger auf, ihre Ansprüche an die Gesellschaft geltend zu machen. R.158
Karlsruhe, 24. 3. 1927.
Simon & Co., G. m. b. H. in Liquidation.
Jnh. S. Simon.

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert am 28. u. 29. 3. und 1. 4. 1927, vormittags 8 Uhr u. nachm. 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hof. (Eingang Magdalenhof) öffentlich gegen Barzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1926 und unanbringliche Frachtgüter, darunter ein Brillantring, Schmutz, Armbanduhr, Reisgläser, Herrenfahrtrader, eine Gitarre. Die besonders genannten Gegenstände werden am 28. 3. 1927 v. 10 Uhr vorm. an ausgeben. R.160

Verdingung.
Die Gemeinde Diehlheim, Amt Wiesloch, vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die Leistungen und Lieferungen zur Ausführung der Wasserversorgungsanlage, bestehend in:
5500 m Hauptleitungen, 80—150 mm Durchmesser, 3000 m Hausleitungen, 40 mm Durchmesser. Angebotsbordeude sind ab Freitag, den 25. d. M., beim Kulturbauamt Heidelberg, Treitschkestr. 6, gegen Voreinsendung des Betrages von 2.— RM erhältlich. Pläne und Bedingungen liegen daselbst während der üblichen Dienststunden zur Einsicht auf.
Angebote sind bis zum Öffnungstermin, Dienstag, den 5. April 1927, vormittags 10 Uhr, verschlossen mit Aufschrift: „Wasserversorgung Diehlheim“ beim Bürgermeisteramt Diehlheim einzureichen.
Bad. Kulturbauamt.

Vergebung von Straßenteer und Asphaltbitumen.
Die Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe vergibt auf Grund der Verordnung des Ministers der Finanzen über das Vergütungswesen vom 27. Juli 1922 im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung u. beil. 3218 Tonnen Straßenteer u. beil. 356 Tonnen Asphaltbitumen für die Oberflächenerkerungen im Jahr 1927 in 21 Losen. Die Bedingungenunterlagen können von unserer Kanzlei zum Preis von 1,50 RM bezogen werden.
Angebote mit der Aufschrift: „Teer- und Bitumenlieferung“ sind bis zum Öffnungstermin am Montag, d. 11. April 1927, vormitt. 9 Uhr, bei uns einzureichen. R.170
Karlsruhe, 23. 3. 1927.
Wasser- und Straßenbau-Direktion.

Höherem Staatsbeamten
bis zu 40 J. wird Heirat geboten, mit hübscher, geb. eheng. Dame u. etwa 30 Tausend Reichsmark. Zuschr. erb. u. B. N. 1951 an Anzeigen-Genbich Heidelberg.

Badisches Landestheater
Sonntag, 27. März 1927
Außer Miete
Zur 100. Wiederkehr von Beethovens Todestag
Neu einstudiert
Fidelio
von Beethoven
Musikal. Leitung: Josef Krupp
In Szene gesetzt von D. Krauß
Don Fernando Schuster
Don Pizarro Barth
Florestan Straß
Fidelio Jany
Rocco Vogel
Marzelline Blant
Jaquino Siegfried
Staatsgefängene Kainbach
Löffel

Ausstattung:
Professor August Wabberger
Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2,
I. Speerstr. 11, 8.—
Montag, 28. März 1927
Volksbühne 7
Wie es euch gefällt
von Shakespeare
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach
Herzog v. d. Trenck
Celia Mademacher
Verbannter Herzog Prüter
Nofalinde Fein
Probstein Kloebe
Le Beau Brand
Erster Edelmann Kühne
Zweiter Edelmann Weidner
Charles Hofbauer
Amiens Dr. Storz
Jacques Dahlen
Ein Edelmann Köfer
Pagen Seiberlich
Oliver Wanka
Jakob Hiel
Orlando Kühne
Adam Reitzgeb
Dennis Gemmede
Farrer Mehner
Corinnus Köder
Silvius Müller
Wilhelm Graf
Häbe Boß
Käthen Noß
Hymen Albrecht
Clement Clement

Anfang 7 1/2, Ende geg. 10 1/2,
I. Speerstr. 11, 5.—
Der 4. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf
freigegeben
Die 29. März Die Welt,
in der man sich langweilt

Im Stadt. Konzerthaus
*Sonntag, 27. März 1927
Mit-Heidelberg
von Wilh. Meyer-Förster
In Szene gesetzt von
Ulrich von der Trenck
Karl Heinrich Reitzgeb
von Haugh v. d. Trenck
von Passarge Prüter
von Weising Köder
Breitenberg Dr. Weidner
Dr. Jüttner Herz
Luß Müller
Dietz Kloebe
Witz Boß
Engelbrecht Dr. Storz
von Webell Graf
Röder Brand
Frau Röder Möderl
Genter Genter
Kellermann Gemmede
Käthe Rademacher
Schölermann Kühne
Käthe Mehner
Reuter Glanz
Anfang 7 Ende 10
I. Partellstr. 11, 4.20

Ablauf einer wichtigen Frist bei der Lohnsteuer
Das Reichsfinanzministerium weist auf folgendes hin: Arbeitnehmer, die wegen Verdienstaussfalls oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse einen Antrag auf Erstattung von Lohnsteuer stellen können, müssen dies bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben, tun. Fristversäumnis hat Ablehnung des Erstattungsantrags zur Folge. Die Einzelheiten ergeben sich aus einem Merkblatt, das ebenso wie Vordrucke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstaussfall gestützt werden, bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich ist.
Karlsruhe, den 26. März 1927. 3.979
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land und Ettlingen.

Korbmöbel
„Herodes“ ab
Fabrik an jedem
Günstigen Preise,
bequeme Teilzahl.
Verz. Sie Katalog.
Korbmöbelfabrik „Herodes“
Leich (Württemberg)

R.163. Bretten. Im
Konkursverfahren über
das Vermögen der Land-
wirt Karl August Wiesel
Ehseffau, Luise Emilie
geb. Daub in Wöffingen
ist Termin zur Prüfung
der nachträglich angemel-
deten Forderungen auf
Dienstag, den 19. April
1927, vorm. 11 Uhr, vor
dem Amtsgericht Bretten
bestimmt.
Bretten, 25. 3. 1927.
Gerichtsschreiberei
des Amtsgerichts.
R.165. Karlsruhe. In
dem Konkursverfahren
über das Vermögen der